

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Abonnementpreise: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 62. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 15. März 1927.

## Genfer Ergebnisse.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns zum Abschluss der Genfer Tagung geschrieben: Es war die erste Völkervereinigung, die unter deutschem Vorsitz in Genf abgehalten worden ist und nun zu Ende ging. Aber die Gaben, die unsere Delegation aus Genf zurückbringt, kann man vorläufig ein abschließendes Urteil schwer abgeben. Noch am vorteilhaftesten für uns ist die oberschlesische Streitfrage mit Polen geregelt worden, wobei wir allerdings das Zugeständnis machten, dass am Elternrecht nicht unbedingt festgehalten werden soll, dass nämlich polnische Eltern ihre Kinder nicht in deutsche Minderheitenschulen schicken dürfen, auch wenn sie wollen. Dadurch bleibt ein Keim des Streites erhalten, weil ja recht unsicher ist, was man unter „polnischen“ Eltern zu verstehen hat, und weil der polnische Staat darüber entscheidet, was er als „Polen“ betrachtet; man wird besonders bei einer Festlegung der Eltern auf Doppelsprachigkeit wohl noch manch' Sonderbares erleben.

Zu Auseinandersetzungen wird es sicher kommen wegen der Erledigung der Saarfrage. Die Rechtslage war ja so, dass man in Deutschland nicht damit rechnen konnte, man werde von deutscher Seite nachgeben, sondern würde es unter Umständen auf eine Überfälligkeit Deutschlands im Völkervereinigung ankommen lassen. Diese Unnachgiebigkeit hat man bei der deutschen Delegation aber nicht für richtig gehalten, aus dem angegebenen Grunde, es bei dieser ersten Tagung des Völkervereinigung unter deutschem Vorsitz nicht zu einem Konflikt in aller Öffentlichkeit kommen zu lassen. Ob das der wirkliche Grund ist, wird sich wohl erst zeigen, wenn Dr. Stresemann sich nach seiner Rückkehr im Reichskabinett geäußert hat. Schließlich hätte es doch nahegelegen, Frankreich praktisch durch den Hinweis ins Unrecht zu setzen, dass es Forderungen erhob, die über die Versailles-Vertragbestimmungen hinausgingen. Die deutsche Zustimmung zu dem Kompromiss hat für dieses Hinsgehen über Versailles den rechtlichen Unterbau abgegeben, eine Tatsache, die wohl den Hauptgegenstand der zu erwartenden Diskussion abgeben wird. Erfreulich ist ja zweifellos, dass in absehbarer Zeit der offizielle Abbau der französischen Besatzung im Saargebiet bis auf die 800 Mann des Bahnschutzes erfolgt, — aber dieser Bahnschutz hat einen Rechtstitel, den die bisherige Besatzung nicht besaß. Ebenfalls wenig ist den deutschen Wünschen Rechnung getragen worden, die darauf abzielten, der Saarkommission ihren einseitig französischfreundlichen Charakter zu nehmen und sie etwas stärker zu internationalisieren. Ob in der Einigung des Völkervereinigung den deutschen Wünschen mehr Rechnung getragen wird, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen recht zweifelhaft. Die bisherigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind aber — das kann ruhig ausgesprochen werden — in letzter Zeit etwas empfindlich geworden; man tut am besten, überhaupt nicht daran zu rühren. Das ist ja auch bei dem sonst so viel besprochenen Punkte der Frage der Rheinlandrückkehr nicht geschehen. Versprechungen darüber zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister haben zweifellos nicht stattgefunden. Das einzige, was geschehen ist, war die Anweisung Dr. Stresemanns, man werde diesen Streitfall nun bei der nächsten Zusammenkunft, also bei der Ratstagung im Juni, energisch zur Sprache bringen. Formell liegen die Dinge allerdings so, dass der Völkervereinigung für eine Behandlung in dieser Frage ja nicht zuständig ist, sie vielmehr durch die Völkervereinigung bzw. die daran interessierten Hauptmächte erledigt werden muß. Das Resultat der Genfer Tagung dient nicht gerade dazu, dem „Geist von Locarno“ etwas mehr Wirklichkeit zu verleihen. Darüber helfen alle schönen Worte und schwingenden Reden uns nicht hinweg.

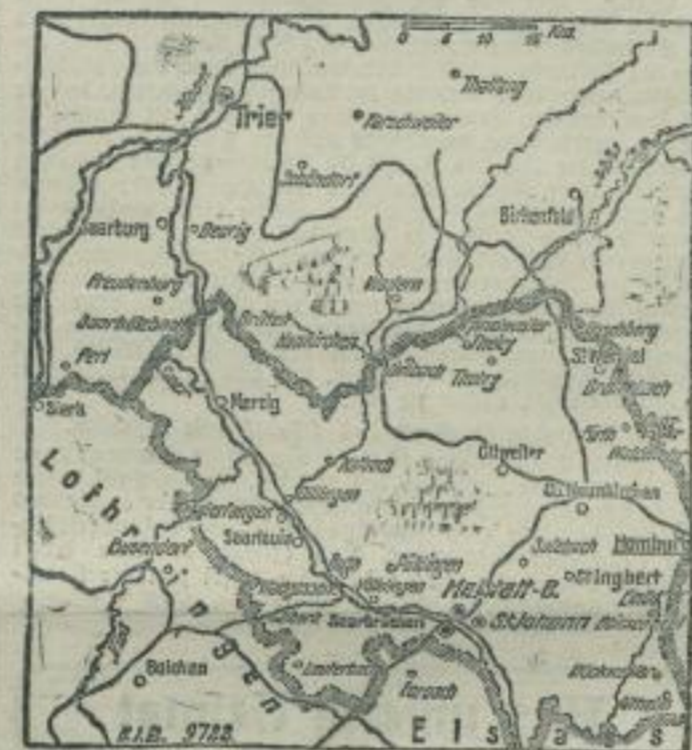
Man erwartet in den politischen Kreisen Deutschlands ausgedehnte Auseinandersetzungen. Dr. Stresemann hat in Genf betont, dass er das deutsche Zugeständnis namentlich in der Saarfrage ohne Zustimmung bzw. ohne Zustimmung aus Berlin mache. Es fragt sich, ob nun nicht erst das Kabinett dieser Zustimmung beitreten muß. Wahrscheinlich wird es auch zu einer Aussprache im Reichstag kommen. Es läßt sich im Augenblick nicht übersehen, welche innenpolitischen Wirkungen die Genfer Ereignisse haben werden.

## Verichterstattung Dr. Stresemanns.

Vor großen außenpolitischen Auseinandersetzungen. Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist am Montag nachmittag in Begleitung des Staatssekretärs v. Schubert und des Ministerialdirektors Dr. Claus von Genf kommend wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Stresemann wird sofort dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett Bericht über die Verhandlungen in Genf erstatten. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, dass die letzte Genfer Ratstagung demnächst auch Gegenstand von Erörterungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages bilden wird; im Anschluß daran soll sich auch das Plenum des Reichstages mit den Vorgängen in Genf beschäftigen, so daß es dort zu einer großen außenpolitischen Aussprache kommen dürfte. Allerdings sind genaue Termine für diese

## Rückkehr aus Genf.

politischen Aussprachen noch nicht vorgegeben. Sehr interessant wird die Stellungnahme des Reichskabinetts zu dem Ausgang der Genfer Verhandlungen sein, zumal Dr. Stresemann über die Saarfrage erklärt hat, daß er nicht auf Instruktionen aus Berlin, sondern aus eigenem Verantwortungsgesühl in dieser Angelegenheit gehandelt habe.



Das unstrittene Saargebiet.

## Das Echo der Presse.

Die deutsche Presse behandelt das Ergebnis der Genfer Konferenz bisher mit zierlicher Zurückhaltung, wenn auch auch einige rechtspfechende Mäcker ganz offen von einer Niederlage des deutschen Reichsaussenministers sprechen. Von besonderem Interesse ist die Stellungnahme der Zeitungen des Saargebietes, die übereinstimmend ihrem Bedauern Ausdruck geben, daß es nicht gelungen sei, die Bleibewahl des Herrn Lambert zu verhindern, obwohl er bereits sieben Jahre im Amt sei und ein früher schon gefasster Nachschluß fünf Jahre als höchste Dauer der Amtszeit für Mitglieder der Regierungskommission vorschreibe. Selbst auf dem sozialdemokratischen Parteitag des Saargebietes wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Ausgang der Genfer Verhandlungen zur Regelung der Saarfrage nicht befriedigend wäre. Im Gegensatz hierzu spricht die französische Presse Erfolg Briand's freudig. In England hat der Ausgang der Genfer Ratstagung, nach dem Urteil der Presse von dem Tage, Befriedigung hervorgerufen.

## Das Sicherheitsproblem.

Als Auftakt für die am nächsten Montag beginnende zweite Tagung des Völkervereinigung für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist das Komitee zur Prüfung der Zusammenhänge des Sicherheitsproblems unter Vorsitz des deutschen Gesandten Dr. Goppert zusammengetreten. Der Bericht des Ausschusses sieht für den Fall drohender Kriegsgefahr eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die sofortige Einberufung des Völkervereinigung und sofortige Aufforderung der gegnerischen Parteien durch den Ratpräsidenten, sich aller Feindseligkeiten zu enthalten.

## Uebersicht über die deutsche Wirtschaft.

(284. Sitzung.) Ob. Berlin, 14. März. Die Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Bergwerksfelder, die durch die deutsch-polnische Grenze durchschnitten sind, über die Verwaltung der die Grenze bildenden Strecke der Oder, über die gemeinsame Zoll- und Vorkaufsertigung und den Eisenbahndienst in Kurzebrack, über die Benutzung von Bauarbeiten in Kurzebrack durch Polen wurden in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. Ebenfalls angenommen wurde der Geleitsentscheid über den Beitritt des Reiches zu der Abereinbarung von Montebello, betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst. Es folgte dann die zweite Lesung des

### Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab als Beitrag zur Lösung des Problems „Staat und Wirtschaft“ einen Überblick über die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums. Er schilderte dabei, welche bedeutsamen Wandlungen die wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands gegenüber der Vorkriegszeit erkennen lasse. An Reuaufgaben seien die Reichswirtschaftsplanung, die Erhebung von Haushaltsrechnungen, die Produktions- und Lohnstatistik gekommen. Der Vervollständigung der Handelsstatistik gelte eine dem Reichstage demnächst vorzulegende Gesetzesvorlage. Der Minister machte dann darauf aufmerksam, daß die Berufsorganisations nach dem Zusammenschluss zunächst eine treibhausartige Entwicklung genommen hätten. Seit einigen Jahren sei aber ein Beharrungsstand eingetreten. Die Beziehungen der Organisationsarbeit freilich sich auch auf weitestgehend sachliche Zusammenarbeit bei der Durchführung von wirtschaftspolitischen Aufgaben. Noch sei das Ziel der Rationalisierung in Deutschland nicht erreicht. Die Vervollständigung der Technik sei noch zum großen Teil bevor. Endziel der ganzen Rationalisierung müßte die

Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung

sein. Aus einer Denkschrift über die bisherige Tätigkeit des Kartellgerichts führte der Minister an, daß bis zum 1. Januar dieses Jahres im ganzen 1600 Anträge durch das Kartellgericht erledigt worden seien. Die Urteile des Kartellgerichts ließen gewisse als Überspannung des Organisationsgedankens zu kennzeichnende Formen der Wirtschaft verschwinden. Ein umfangreicher Überblick über die vorhandenen Kartelle sei bereits vorhanden. Der Minister führte weiter aus, die Zoll- und Handelsvertragspolitik bewege sich auf einer durch die bekannten Verschiebungen des Welthandels gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Grundlage. Die Ausfuhr aus Deutschland nach den europäischen Ländern sei im ganzen genommen geringer als vor dem Kriege, wobei den Hauptausfußslag die verminderte Ausfuhr nach England und Frankreich gebe. Neben anderen Ländern zeige sich in manchen Beziehungen eine günstige Auswirkung der mit ihnen abgeschlossenen Handelsverträge. Asien und Afrika nahmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrerzeugnisse auf. So sehr Deutschland danach trachte, das Handelsvertragsystem zum Abschluss zu bringen

so sei man noch immer weit vom Ziele entfernt und habe noch schwere Aufgaben, wie die Handelsverträge mit Polen, mit Frankreich und mit der Tschechoslowakei, zu lösen. Dr. Curtius erhofft von der im Rat in Genf stattfindenden

### Weltwirtschaftskonferenz

eine gewisse Erleichterung der allgemeinen handelspolitischen Lage. So wenig befriedigend im ganzen Deutschlands handelspolitische Lage zurzeit auch sein mag, so werde die Reichsregierung doch eine Änderung der Methoden und die Schaffung eines neuen Zolltarifes in nächster Zeit nicht verweigern können.

Die Einbringung eines neuen deutschen Zolltarifes, die vom Reichstage gefordert wurde, würde im Augenblick nur noch größere Verwirrungen hervorrufen. Der Minister kündigte eine Vorlage der Reichsregierung über die Gestaltung der Agrarpolitik für die Zeit nach dem 31. März d. J. an.

Auf den Gebieten der Geld- und Kreditpolitik hätten die Gebilde der Auslandsanleihen und des Inlandskapitals in vergangenen Jahre eine beträchtliche Verminderung erfahren. Die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere als ein ordnungsmäßige Erfüllung des Dawes-Planes. Der Minister betonte weiter, daß sich der Staat mit besonderer Sorgfalt bei Handwerks und des mittelständlichen Gewerbes annehmen werde. Zum Schluß betonte der Minister, der zweite große Fragekreis wirtschaftlicher Bedeutung liege in der Steuerpolitik und das dritte große Gebiet sei die Sozialpolitik. Einer letzten Zweig bilde die Verkehrspolitik. Er hätte sich sehr bemüht, durch rege Mitarbeit an allen Fragen auf eine einheitliche Linie und eine planmäßige Zusammenfassung der staatlichen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete hinzuwirken.

### Die Aussprache.

Zugleich mit dem Etat wurde eine Regierungsvorlage beraten, die die Herstellung von Rindhöllern vor der Erlaubnis des Reichswirtschaftsministeriums abhängig machen will. Der Ausschuss beantragte die Streichung bei von der Regierung im Etat angeforderten 4 Millionen zur Förderung des deutschen Außenhandels zur Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure. In einer Entschließung regt der Ausschuss die Zusammenlegung des Statistischen Reichsamtes und des Preussischen Statistischen Amtes an.

Abg. Franz Sander (Soz.) wies auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch hin. Reider habe sich bei Ministerium ganz der Führung der Kapitalisten überlassen. Die Rednerin wies ferner auf die Auffassung der Reiner Vertriebe durch die Großindustrie mit Unterstützung der Großbankenkreditpolitik hin. Die Opfer seien Mittelstand und Arbeitnehmer. Die Handelspolitik der Regierung lasse sich Initiative vermissen. Sie gebe den Kräfte nach, die es verhindern, ihre Wirtschaftsmacht in politischen Druck umzusetzen. Der Kampf gegen die Kartelle würde erst dann Erfolg versprechen, wenn in die deutsche Wirtschaft durch Abbau der Zollmauern ein freier Luftzug hineinfahre.

Abg. Dr. Reichert (Din.) bekämpfte die Übernahme von Kartellvertriebe durch die öffentlichen Hand, weil dadurch